

Jakob Gabriel
Studentischer Konvent
Turnstraße 7
91054 Erlangen

<https://www.stuve.fau.de>
konvent@stuve.fau.de
sprat@stuve.fau.de

Positionspapier Studienzuschüsse

Beschlossen vom Studentischen Konvent am 30.06.2016

1 *Der studentische Konvent spricht sich für frei zugängliche Bildung aus und begrüßt den Ersatz*
2 *der Studiengebühren durch Studienzuschüsse. Die studentische Mitbestimmung und die transpa-*
3 *rente Rechnungslegung haben sich bewährt und müssen fortgeführt werden. Der Vorabzug muss*
4 *auf die notwendigen Verwaltungsmaßnahmen beschränkt werden.*

5 **Frei zugängliche Bildung**

6 Der studentische Konvent lehnt Bildungsgebühren, egal ob für Studium, Schule oder Berufsaus-
7 bildung ab. Bildung muss frei zugänglich sein, um Chancengleichheit und eine fortschrittliche
8 Gesellschaft zu ermöglichen. Der studentische Konvent begrüßt ausdrücklich die Abschaffung
9 der Studiengebühren und deren vollständige Kompensation durch Studienzuschüsse.

10 **Studentische Mitbestimmung**

11 Durch die paritätische Beteiligung der Studierenden bei den Entscheidungen über die Verwen-
12 dung der Studienzuschüsse können Studierende ihr Studium und ihre Universität mitgestal-
13 ten. So wird das unmittelbare Feedback der betroffenen Studierenden bestmöglich eingebracht
14 und die Studierenden tragen mit konstruktiven Vorschlägen zur Qualitätssteigerung bei. Der
15 studentische Konvent begrüßt die transparente Offenlegung der Rechnungslegung auf der FAU-
16 Homepage, denn dies ist wichtige Voraussetzung für den offenen Dialog über die Verwendung der
17 Studienzuschüsse und der Beteiligung aller Statusgruppen. Die konstruktive Diskussion über
18 einzelne Maßnahmen im Zentralen Gremium zur Verwendung der Studienzuschüsse (ZGS),
19 sowie den Fakultätsausschüssen und gegebenenfalls den Fakultätsunterausschüssen unter Be-
20 teiligung von Professor*innen, den Vertreter*innen des Mittelbaus sowie den Studierenden hat
21 sich bewährt und muss fortgesetzt werden.

22 **Vorabzug**

23 Bei dem derzeitigen Vorabzug von 9 % durch die Universitätsleitung ist eine konstruktive
24 Diskussion auf Augenhöhe nicht möglich, da den ZGS-Mitgliedern wichtige Informationen fehlen
25 und die Anhörung im ZGS erst erfolgt, nachdem die Entscheidung der Universitätsleitung schon
26 gefallen ist. Der studentische Konvent fordert daher, den Vorabzug auf 3,5 % zu beschränken
27 und ihn damit auf den für Verwaltung der Studienzuschüsse notwendigen Anteil reduzieren;
28 alle weiteren Maßnahmen profitieren vom offenen Diskurs in den paritätisch besetzten Gremien
29 und sollen daher im ZGS oder den zuständigen Fakultätsausschüssen und gegebenenfalls den
30 Fakultätsunterausschüssen entschieden werden.